

Nordirland – Der lange Weg zum Frieden



Stormont

Bei den ‚Troubles‘ genannten Auseinandersetzungen in Nordirland – von 1968 bis 1998 – wurde in den Medien meist von „Protestanten“ und „Katholiken“ gesprochen, von einem mehrheitlich „protestantischen Norden“ und einer „katholischen Republik“. Das verschleierte einige der wahren Gründe für den Konflikt: die Sicherung von Herrschaft und Privilegien und systematische Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe.

Wer den Nordirlandkonflikt allein auf seine religiösen, d.h. richtiger: religionsbedingten, Inhalte reduziert, ist einer Lösung genauso fern wie derjenige, der den Konflikt rein politisch-historisch betrachtet und die religiösen Zusammenhänge negiert. Es gibt in Nordirland (noch) eine englisch-schottisch-stämmige protestantische Mehrheit, die sich zur Union mit England und der Krone bekennt und

Nordirland unverrückbar als Teil des Vereinigten Königreiches begreift. Traditionell verfügte die protestantische Oberschicht über die wesentlichen wirtschaftlichen, politischen und exekutiven Instrumente und setzte diese gegenüber der irisch-stämmigen katholischen, nationalistisch oder republikanisch gesinnten „Minderheit“ auch auf eine Art und Weise ein, die allen modernen europäischen und internationalen demokratischen Grundsätzen widersprach. Solange sich daran nichts änderte, gab es keine Aussicht auf dauerhaften Frieden. Der Schlüssel zu jeder ansatzweisen friedlichen Lösung des Konfliktes lag darin, alle Gruppen der geteilten Gesellschaft in die gemeinsame Verantwortung für Nordirland einzubinden.

In den 90er Jahren verstärkten die Regierungen in London und Dublin und Washington, wie auch die

Akteure in Nordirland selbst, ihre Bemühungen, eine für alle Seiten akzeptable Formel zu finden. Allparteiengespräche gipfelten in den dramatischen Verhandlungen kurz vor Ostern 1998, aus denen das sogenannte „Karfreitagsabkommen“ hervorging. Dieses Belfast (oder Good Friday) Agreement, in dem die gegenseitige Achtung der unterschiedlichen „Traditionen“ ebenso festgeschrieben wurde wie die Wahlfreiheit der Nordiren, sich als irisch, als britisch, oder als beides zu verstehen, sah u.a. vor:

- eine 108-köpfige gewählt Volksversammlung
- eine aus allen in den Wahlen zu dieser Volksversammlung erfolgreichen Parteien gebildete gemeinsame Regierung
- Nord-Süd-Institutionen auf ministerieller Ebene für grenzüberschreitende Planung und Zusammenarbeit
- einen British-Irish Council (oder Council of the Isles), der neben der Republik Irland und dem Vereinigten Königreich auch die dezentralen Regierungen von Nordirland, Schottland und Wales sowie die Isle of Man und die Channel Islands einbezieht.

Am 22. Mai 1998 wurde das Karfreitagsabkommen (und die Verfassungsänderungen der Republik Irland – vor allem der Verzicht auf den territorialen Anspruch auf die „Sechs Grafschaften“) bei Referenden mit eindeutigen Mehrheiten von 94,4 Prozent im Süden und 71,1 Prozent im Norden bestätigt. „Mit dem Referendum“, sagte SDLP-Chef John Hume damals, „haben die Politiker ein klares Mandat erhalten. Jetzt haben sie die Pflicht zur Umsetzung.“ Im Juni 1998 wurde bereits die nordirische Volksversammlung gewählt. Doch es dauerte noch bis Dezember 1999, bis die erste autonome Nordirland-Regierung unter dem Unionistenführer David Trimble und seinem gleichgestellten Stellvertreter Seamus Mallon (SDLP) gebildet werden konnte. Stolperstein war die Frage der Waffenaufgabe der IRA und der anderen paramilitärischen Organisationen, die zwar im Belfaster Abkommen angesprochen, nicht jedoch als Bedingung für eine Regierungsbeteiligung von Sinn Féin genannt worden war. Man hatte sich nur darauf geeinigt, dass der Prozess der Entwaffnung („Decommissioning“) bis spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens (also Mai 2000) abgeschlossen sein sollte.

Die erste Regierung Trimble überlebte nur etwa acht Wochen, dann kam der damalige Nordirlandminis-

ter Peter Mandelson dem Ausstieg der Unionisten durch die zeitweilige Auflösung der Institutionen zuvor: Wieder war es die Kombination aus unionistischem Ultimatum bezüglich der IRA-Waffen und der unnachgiebigen Haltung der IRA selbst, an der der Friedensprozess zu zerbrechen drohte.

Im Mai 2000 gab die IRA zu verstehen, dass sie bereit sei, einen Prozess einzuleiten, um ihre Waffen „umfassend“ und „verifizierbar unbrauchbar“ zu machen, und während dieses Prozesses ihre Waffenarsenale unter internationale Kontrolle zu stellen. Das reichte, wenn auch nur knapp, um Trimble eine Mehrheit in seiner Unionistischen Partei für den Wiedereintritt in die gemeinsame nordirische Regierung zu sichern.

Im Oktober 2002 wurden die nordirischen Institutionen bereits zum vierten Mal auf Eis gelegt. Die Suspendierung – diesmal durch Nordirlandminister John Reid – folgte auf einen bizarren Spionageskandal (die IRA verfügte angeblich über Spitzel bis in die obersten Etagen der nordirischen Regierung) und nach einem weiteren Ultimatum Trimbles, diesmal mit der Forderung nach der sofortigen Auflösung der IRA. Die für Mai 2003 vorgesehenen Wahlen mußten vom inzwischen neuen Nordirlandminister Paul Murphy auf November verschoben werden, und fanden statt, ohne dass die Institutionen wieder eingesetzt worden waren. Die radikalen Parteien auf beiden Seiten waren die großen Gewinner: Ian Paisleys Democratic Unionists (DUP) und Sinn Féin.



Ian Paisley

Trimbles UUP mussten eine vernichtende Niederlage einstecken. Nun stellten die radikaleren Parteien, Sinn Féin und die DUP, die stärksten Fraktionen im Stormont.

Ein Jahr später, im Herbst 2004, schien es, als könnte das zuvor Unvorstellbare wahr werden – Paisley und Gerry Adams waren dicht daran, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Doch der Pakt scheiterte, weil es Sinn Féin und die IRA ablehnten, die Vernichtung der IRA-Waffen fotografisch zu belegen. Ein gravierender Bankraub in Belfast, der der IRA zugeschrieben wurde, und im Januar 2005 der von IRA-Mitgliedern ausgeübte Mord an Robert McCartney, ließen eine Übereinkunft weiter in die Ferne rücken. Im Juli 2005 aber kam dann der große Schritt: die IRA trennte sich, offiziell bestätigt und belegt, von ihren Waffenarsenalen und schwor allen gewalttätigen und kriminellen Aktivitäten ab.

Allerdings weigerte sich Ian Paisleys Partei auch weiterhin, die Macht mit Sinn Féin zu teilen, und die vom neuen Nordirlandminister Peter Hain erhoffte Rückkehr zu den „devolved institutions“ im Frühjahr 2006 musste erneut verschoben werden. Es sollte weitere zwei Jahre dauern, bis die neuen Institutionen in Nordirland wieder eingesetzt werden konnten. Dass dies schließlich unter der Ägide des ewigen Neinsagers Ian Paisley in Partnerschaft mit Sinn Féins Martin McGuinness geschehen würde, wer hätte das gedacht?



John Hume

Im Herbst 2006 konnten sich die Parteien auf das St. Andrews Abkommen einigen, das den Weg weisen sollte zur vollen Umsetzung des Karfreitagsabkommens. Die gemeinsame Regierung der vier großen Parteien (DUP, Sinn Féin, SDLP, UUP) mit ihren zwölf Kabinettsmitgliedern arbeitete nach ihrer Einsetzung im März 2008 zunächst erstaunlich reibungslos. An der Spitze herrschte solch eitler Sonnenschein, dass das Team der beiden Strahlmänner – First Minister Ian Paisley und Deputy First Minister Martin McGuinness – von den Medien unter dem Kosenamen „The Chuckle Brothers“* geführt wurden. Auch als Ian Paisley im Frühsommer 2009 abtrat und Peter Robinson an seiner Stelle DUP-Partei- und First Minister wurde, ging die Zusammenarbeit weiter, wenn auch in einer merklich kühleren, sachlicheren Atmosphäre.

Doch noch immer fehlte das letzte Mosaikstück im Programm – die Übertragung der Justiz- und Polizeigewalt auf den Stormont. Sinn Féin drängte – die Unionisten sperrten sich. Erst im März 2010 konnte Einigung erzielt werden. Und als am 12. April 2010 die Assembly den Vorsitzenden der kleinen, konfessionsübergreifenden Alliance Party, David Ford, zum ersten nordirischen Justizminister seit Auflösung der Stormont-Regierung im Jahr 1972 wählte, markierte der Transfer der Verantwortung für Justiz und Polizei an eine von allen Parteien im Stormont gebildete Regierung nach 38 Jahren, wie grundlegend sich die Situation in Nordirland seit den ‘Troubles’ gewandelt hat. Dies wurde durch den Besuch



Paisley & McGuinness

von Königin Elisabeth II. in Nordirland im Juni 2012 und dem „historischen“ Händedruck zwischen ihr und Martin McGuinness noch unterstrichen.

Es hatte nie eine ernsthafte Alternative zu dieser friedlichen Entwicklung gegeben...

Eberhard ‘Paddy’ Bort

** Chuckle Brothers: Britisches Comedian-Duo; to chuckle: kichern, lachen*